



Stefanie Albrecht und Dr. Alexandru Zidaru beraten Zuwanderer aus Osteuropa über arbeitsrechtliche Fragen.

FOTO: MARTIN MÖLLER

Wegweiser für den Arbeitsmarkt

Beratungshilfe für Zuwanderer aus Mittel- und Südosteuropa. Der DGB richtet in Zusammenarbeit mit Awo und VHS eine Beratungsstelle ein

Von Irene Stock

Seit einem Jahr können Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien ganz legal in Deutschland arbeiten, dank der Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU, die nun auch für sie gilt. Häufig arbeiten die gering qualifizierten Zuwanderer illegal als Putzhilfen oder auf dem Bau mit Löhnen von acht bis zehn Euro nicht pro Stunde, sondern am Tag.

Der DGB bietet jetzt in Zusammenarbeit mit dem Awo-Unterbezirk Gelsenkirchen/Bottrop und der Volkshochschule Gelsenkirchen eine Beratung an, die die Menschen vor Schwarzarbeit und Ausbeutung schützen soll.

Muttersprachliche Beratung

„Das höhlt den Sozialstaat aus“, so Dr. Josef Hülsdünker, DGB-Chef im Bezirk Emscher-Lippe. Bislang konnte der DGB den bei Razzien entdeckten Arbeitsmigranten, die schwarz arbeiteten, nur wenig helfen. Die Zuwanderer sind nicht ge-

Gelder aus NRW und von der EU

■ Die Beratung findet ab sofort jeweils donnerstags von 10 bis 13 Uhr statt. Ort: DGB-Haus der Jugend, Gabelsbergerstraße 12.

■ Dr. Alexandru Zidaru ist beschäftigt bei „Arbeit und Le-

ben“ (DGB und VHS NW). Kontakt: ☎ 0231 54 50 79-86. Stefanie Albrecht arbeitet beim DGB. Kontakt: ☎ 0231 18 999 859. Finanziert wird das Projekt „Fairer Arbeit – fairer Wettbewerb“ von NRW und Europ. Sozialfonds.

werkschaftlich organisiert, kennen weder Tariflöhne noch Arbeitsschutzgesetze. In rechtlichen Angelegenheiten können sie nun an die Beratungsstelle im DGB-Haus an der Gabelsberger Straße 12 vermitteln werden.

Die neue Beratungsstelle „Fairer Mobilität“ beginnt am Donnerstag, 5. Februar, offiziell ihre Arbeit und damit auch für Dr. Alexandru Zidaru und Stefanie Albrecht. Der eine spricht Romana, die andere Magyar – was die Beratungssituation erleichtert. Die beiden Bildungsreferenten sind im Wechsel Ansprech-

partner in der Beratungsstelle, die ausdrücklich als „niedrigschwelliges Angebot“ bezeichnet wird.

„Über die aufsuchende Sozialarbeit, die Familienzentren, das Lallok, die mobilen Kitas erreichen wir die Leute“, ist Gudrun Wischniewski, Geschäftsführerin des Awo-Unterbezirks, überzeugt. Die Netzwerke in Gelsenkirchen funktionieren gut, gleichwohl ahnt sie, dass die Beratungsstelle „dicke Bretter bohren muss“.

„Wir können diese Menschen jetzt vor Ausbeutung schützen und sie aus der Grauzone holen“, sagt

Dr. Alexandru Zidaru. Die Einrichtung sieht er als „Präventions- und Rechtsstelle“, in der die Menschen rechtlich beraten werden, ihnen aber auch deutlich gemacht wird, was gegen geltendes Recht verstößt. „Wir müssen schon erklären, welche Konsequenzen es hat, wenn halblegale Dinge passieren, zum Beispiel fiktive Arbeitsverträge unterschrieben werden“, so Bildungsreferent Dr. Zidaru. Sein Hinweis, dass das Beratungsangebot finanziell mehr unterstützt werden müsse, um dem Lohndumping entgegen zu treten, ist berechtigt. Die Sprechstunde in Gelsenkirchen findet mangels Personalkapazitäten nur einmal pro Woche statt.

Der DGB plant für die Zukunft ein Projekt gegen Schwarzarbeit, kündigte Dr. Josef Hülsdünker an. Dem Staat entstehen durch Schwarzarbeit und Lohndumping jährlich wirtschaftliche Schäden in Millionenhöhe durch nicht entrichtete Steuern und Sozialabgaben.